

ZENTRALRAT DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Koordinierungsrat Deutscher Nicht-Regierungs- organisationen gegen Antisemitismus

Herrn Bundesminister
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Berlin, den 2. September 2008

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

wie Sie wissen, wird im Rahmen der Vereinten Nationen eine „Durban Review Conference“ vorbereitet, die im Frühjahr 2009 in Genf stattfinden soll. Diese Veranstaltung soll an die Konferenz von 2001 in Durban anknüpfen, die unter der Flagge eines angeblichen „Antirassismus“ bekanntlich zu Exzessen und antisemitischen Angriffen auf Israel, jüdische Organisationen und Juden geführt hat. Träger dieser Angriffe waren in vielen Fällen arabische und islamische Länder sowie Organisationen aus diesen Staaten. Es erübrigt sich, im Einzelnen darzustellen, welche Hasspropaganda in diesem Zusammenhang in Durban mit UN-Unterstützung eine Plattform gefunden hat. Israel wurde isoliert, delegitimiert und dämonisiert sowie auch im Übrigen eine Hasssprache verwandt, die nicht nur nach den Kriterien der EUMC-Definition von 2005 als antisemitisch zu qualifizieren ist und nach deutschem Recht als strafbare Volksverhetzung anzusehen wäre.

Der damalige US-Außenminister Colin Powell hat die Lage 2001 zutreffend mit den folgenden Worten beschrieben:

„You do not combat racism by conferences that produce declarations containing hateful language, some of which is a throwback to the days of “Zionism equals racism;” or supports the idea that we have made too much of the Holocaust; or suggests that apartheid exists in Israel; or that singles out only one country in the world – Israel – for censure and abuse.“

Alle Informationen, die bislang vorliegen, zeigen, das sich die Vorfälle von Durban in Genf auf der „Durban Review Conference“ („Durban II“) wiederholen werden. Ein letztes Anzeichen dafür ist die vor kurzem bekannt gewordene Tatsache, dass auch die Islamische Republik Iran

Mideast Freedom Forum Berlin

Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus:

Moses Mendelssohn Zentrum für
europäisch jüdische Studien an der
Universität Potsdam e. V.
Prof. Dr. Lars Rensmann,
MMZ-Fellow, University of Michigan,
Ann Arbor

Amadeu-Antonio-Stiftung,
Stiftungsvorstandsvorsitzende:
Anetta Kahane, Berlin

Claudia Korenke, Vizepräsidentin
der Deutsch-Israelischen Gesellschaft,
Frankfurt am Main

Daniel Kilpert M.A.,
Stellvertretender Bundesvorsitzender
des Deutsch-Israelischen Jugend-
forums, Berlin

Honestly Concerned e.V.,
Chefredakteur: Sacha Stawski,
Frankfurt am Main

Wissenschaftsforum der
Sozialdemokratie in Berlin,
Brandenburg und Mecklenburg-
Vorpommern e.V.,
Geschäftsführender Vorsitzender:
St. a.D. Klaus Faber, RA, Potsdam

Scholars for Peace in the Middle East,
SPME-Germany, e.V., Berlin,
Sprecher des Vorstandes:
Prof. Dr. Diethard Pallaschke,
Erste Stellvertreterin des Sprechers
des Vorstandes: Dr. Elvira Grözinger

Initiative 9. November 1938,
Abraham Dzialowski,
Frankfurt am Main

Demokratie & Courage,
Till Meyer, Potsdam

Mohammed Schams, Berlin, Senior
Advisor IFI (Iranian Freedom
Institute), Washington D.C.

Milena Uhlmann, Dipl.-Pol., Berlin

Rosemarie Matuschek,
Erik-Verlag, Berlin

Internationales Institut für Bildung,
Sozial- und Antisemitismusforschung
(IIBSA), London/Berlin, Robin Stoller

Peter Wirkner,
Wissenschaftlicher Direktor, M.A.,
Mitarbeiter von MdB
Prof. Gert Weisskirchen,
Persönlicher Beauftragter des OSZE-
Vorsitzenden zur Bekämpfung des
Antisemitismus, Mannheim

zum inneren Kreis derjenigen Staaten gehört, die Durban II vorbereiten. Die Islamische Republik Iran verfolgt religiöse Minderheiten, unterdrückt Frauen, lässt eine Pressefreiheit nicht zu. Sie richtet Menschen wegen angeblicher sexueller Verfehlungen oder wegen ihrer geschlechtlichen Orientierung hin. Nach dem Verfassungssystem der Islamischen Republik Iran kann nur ein Muslim einer bestimmten schiitischen Richtung ein vollwertiger Staatsbürger sein. Es gäbe also viele Gründe, dieser „Republik“ selbst Rassismus vorzuhalten.

Zudem haben der Präsident der Islamischen Republik Iran, Mahmud Ahmadinedschad, und andere Angehörige der Staatsführung dieser Republik vielfach das Existenzrecht Israels in Frage gestellt und Israels Vernichtung angekündigt. Auch die wiederholten Versuche Ahmadinedschads, den Holocaust zu leugnen oder zu relativieren, dienen erkennbar dem Ziel, Israels Existenz und damit die jüdische nationale Souveränität und Selbstverteidigung zu delegitimieren. Verbunden mit der - schon seit langem nicht mehr ernsthaft zu bestreitenden - atomaren Aufrüstung der Islamischen Republik Iran zeigt diese Agitation nicht nur volksverhetzende Züge; sie ist darüber hinaus als Völkermordpropaganda zu qualifizieren. Es ist zu erwarten, dass diese antisemitischen Angriffe in Genf eine neue Plattform erhalten, die an die Resolutionen und Aktionen von 2001 in Durban anknüpfen kann.

Mit Befremden haben wir von Mitarbeitern Ihres Ministeriums gehört, dass Deutschland an der „Durban Review Conference“ im April 2009 in Genf teilnehmen will. Wir fordern Sie dringend auf, diese Entscheidung zu revidieren. Es ist nicht akzeptabel, dass ein Land wie Deutschland an einer schon jetzt erkennbar antisemitischen Propagandaveranstaltung im UN-Rahmen teilnimmt und dabei mit offen antisemitischen Kräften wie der Islamischen Republik Iran zusammenwirkt.

Die kanadische Regierung hat sich bereits zu Beginn dieses Jahres dazu entschlossen, die antisemitische Durban II - Konferenz zu boykottieren. Auch Israel wird an der Konferenz nicht teilnehmen.

Der kanadische Außenminister hat die Entscheidung seines Landes mit den folgenden Worten begründet:

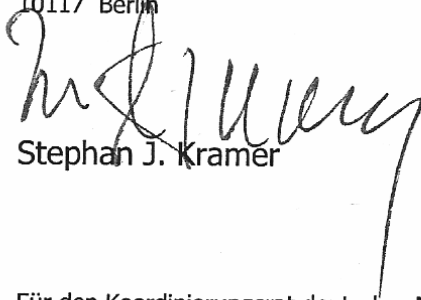
“[We] had hoped that the preparatory process for the 2009 Durban Review Conference would remedy the mistakes of the past ...We have concluded that, despite our efforts, it will not. Canada will therefore not participate in the 2009 conference. Canada will continue to focus its efforts on genuine anti-racism initiatives that make a difference.”

Seite 3 zum Schreiben vom 2. September 2008

Auch Deutschland sollte insbesondere in Verantwortung vor seiner Geschichte ein klares Zeichen setzen und sich nicht an der „Durban Review Conference“ beteiligen. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie als Außenminister hierfür die notwendigen Schritte einleiten und Konsequenzen ziehen würden. Nur auf diese Weise kann verhindert werden, dass den vorhersehbaren antisemitischen Ausfällen auf der Durban II - Konferenz eine Legitimation auch durch Deutschland gegeben wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Für den Zentralrat der Juden in Deutschland
Leo-Baeck-Haus Tucholskystraße 9
10117 Berlin



Stephan J. Kramer

Für den Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen
gegen Antisemitismus
Herthastr. 5
13184 Berlin



Daniel Kilpert

i. V. D.K.

Prof. Dr. Diethard Pallaschke

Für das Mideast Freedom Forum Berlin
Muskauerstr. 10
10997 Berlin



Ulrike Becker